

Wann wird es wieder leise?

Behörde bereitet neues Fahrverbot für Lkw auf der Kattenturmer Heerstraße vor

VON CHRISTIAN MEYER

Obervieland. Wann wird's mal wieder richtig leise? So leise, wie es früher einmal war? Diese Fragen stellen sich viele Anwohner der Kattenturmer Heerstraße spätestens seit März dieses Jahres. Denn bis dahin galt vom November an ein Durchfahrverbot für Lastwagen. Und genau das wünschen sich die Lärmgeplagten wieder. Damit stehen sie nicht alleine. Die meisten Beiratsmitglieder aus Obervieland unterstützen ihr Begehren. Auch im Amt für Straßen und Verkehr (ASV) steht man dem Ansinnen positiv gegenüber. Doch bis es wieder ruhiger auf der Straße wird, die nach Stuhr beziehungsweise Huckelriede führt, brettern noch Lkw darüber.

Am Dienstag stellte sich Thomas Wunderlich vom ASV während der Sitzung des Beirats den Fragen der Stadtteilpolitiker und vor allem denen der Anwohner, an deren Häuser die Lastwagen täglich vorbeifahren. Vor allem sollte der Behördenmitarbeiter die Fragen beantworten, warum das zwischenzeitliche Verbot vom Verwaltungs- und Oberverwaltungsgericht wieder aufgehoben werden konnte. Bei seiner Erklärung verlor sich Wunderlich in komplizierten Verordnungen, Mess- und Schätzwerten. Um ein Verbot ausreichend begründen zu können, müsste für die Anwohner eine Lärmelastung von mehr als 2,1 Dezibel errechnet werden. Und genau bei der Errechnung dieses Wertes liege die Crux, so der ASV-Mann. Die beiden Gerichte haben in ihren Urteilen bemängelt, dass die Lärmelastung nicht schlüssig genug errechnet worden sei. Konkret ging es darum, dass für die errechnete Geräuschbelastung Lärmwerte zu leichter Lastwagen zugrunde gelegt wurden.

Wunderlich räumte ein, dass „wir vielleicht zu optimistisch an die Sache herange-

gangen sind.“ Man habe wohl nicht damit gerechnet, dass sich jemand gegen das Verbot gerichtlich wehren würde. Im laufenden Widerspruchsverfahren gegen das im Juni gesprochene Urteil des Oberverwaltungsgerichts sei er optimistisch, mit neuen Berechnungen die Grundlage für ein erneutes Lkw-Verbot zu erreichen.

„Wann ist es denn soweit?“, versuchte Beiratssprecher Stefan Markus (SPD) den ASV-Vertreter auf ein exaktes Datum festzunageln. Wunderlich erwiderte darauf, dass er nicht so zuversichtlich sei, dass er in der Öffentlichkeit ein genaues Datum nennen könne. Nur so viel sagte er: „Wir streben das Ziel der Entlastung an.“

Norbert Breeger ist einer der Anwohner, der sich stellvertretend für viele seiner Nachbarn für ein Brummi-Verbot stark macht. Er kritisierte Wunderlich vor allem dafür, dass zwischen dem Beschluss ein Verbot einzuführen, das war Anfang 2008, und der Anordnung Mitte 2009 genug Zeit gewesen wäre, eine fundierte Begründung für ein Verbot zu erstellen. Dem stimmte Wunderlich etwas zerknirscht zu. Breeger war zuversichtlich, was die weiteren Schritte angeht und lobte, dass im ASV an einer ausführlichen Datenerhebung zur Lärmbelastung gearbeitet wird.

Diese soll laut Thomas Wunderlich im Dezember abgeschlossen sein. „Wir machen gerade eine sehr detaillierte Verkehrserhebung“, erklärte der ASV-Mitarbeiter. Man erfasse, welche und wie viele Lkw-Klassen über die Straßen fahren. Aus diesen Zahlen solle dann eine mögliche Lärmbelastung errechnet werden. Auf den Einwand von Erich Peters (SPD), warum denn vom ASV nur theoretische Berechnungen, jedoch keine praktischen Messungen durchgeführt werden, erwiderte Wunderlich, dass Messungen vor Gericht nicht ausreichend wären. „Diese sind zu vielen Faktoren von

außen, zum Beispiel der Windrichtung, ausgesetzt.“

In einem Beschluss sprach sich der Beirat ohne die vier Stimmen der CDU dafür aus, dass die Kattenturmer Heerstraße für Lkw über sieben Tonnen wieder tabu werden soll. Außerdem forderten sie das ASV auf, ein künftiges Verbot mit einer wasserfesten Lärmberechnung zu begründen.

Brandbrief an Bildungssenatorin

Der Elternbeirat der Integrierten Stadtteilschule, des neuen und des alten Gymnasiums Obervielands, fordert in einem Brandbrief die Bildungssenatorin auf, die Missstände an ihren Schulen zu ändern. In ihrem Schreiben fordern sie, dass ab nächstem Schuljahr nur sechs und nicht sieben neue Klassen aufgenommen werden. Nur wenn die Schule ab September 2011 sechszügig werde, wie von der Schulbehörde im vergangenen Jahr versprochen, könne vernünftig gearbeitet werden.

Außerdem befinde sich das vor einigen Monaten neu gestartete Gymnasium in einer wichtigen Anfangsphase. Die müsse mit einem guten und schlüssigen Konzept gestaltet werden. Die Eltern fordern in ihrem Brief außerdem, dass die Dependence in der Theodor-Billroth-Straße geschlossen wird und die Mensa ausgebaut wird.

Die Beiratsmitglieder versprochen, die Elternvertreterin in ihrem Anliegen zu unterstützen. Stefan Markus, Sprecher des Gremiums, zeigte sich besonders erbost. Die Entscheidung der Bildungsbehörde, dass die Schule ab nächstem Jahr siebenzügig sein soll, bezeichnete er als Affront gegen die Schulleitung, die Eltern und den Beirat. Schließlich habe die Behörde bereits etwas anderes zugesagt. Die Elternsprecher haben in ihrem Schreiben die Bildungsbehörde aufgefordert, bis zum 23. November auf ihr Schreiben zu reagieren.